Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt
STANDORT JENA

Informationen zum Datenschutz

Wir freuen uns sehr über Ihre Teilnahme an der wissenschaftlichen Studie des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), Standort Jena (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung). Datenschutz hat einen besonders hohen Stellenwert für die Amadeu Antonio Stiftung. Daher erheben wir nur die zur Durchführung der Studie zwingend notwendigen Daten und halten uns dabei an die Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO).

Diese Datenschutzerklärung ist die gekürzte Version der umfassenden Datenschutzerklärung des IDZ, die sie unter https://www.idz-jena.de/datenschutz/ finden können.

1. Name und Anschrift der für die Verarbeitung verantwortlichen Person

Verantwortliche Person im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung, sonstiger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltenden Datenschutzgesetze und anderer Bestimmungen mit datenschutzrechtlichem Charakter ist der

Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung
Karl-Marx-Allee 1
10178 Berlin
Deutschland
Tel.: +49 (0)3024088610
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Website: www.amadeu-antonio-stiftung.de

2. Name und Anschrift der datenschutzbeauftragten Person

Die externe datenschutzbeauftragte Person, die für die Verarbeitung verantwortlich ist, ist unter der E-Mail-Adresse datenschutz@amadeu-antonio-stiftung.de zu erreichen.

Jede betroffene Person kann sich jederzeit bei allen Fragen und Anregungen zum Datenschutz auf diesem Weg direkt an unsere externe Datenschutzbeauftragte wenden.

3. Zweck der Datenverarbeitung

Zweck der Datenverarbeitung ist die Durchführung des Forschungsprojekts „Allyship: Solidarisches Engagement, Identität und Zusammenhalt“.

Die Einwilligung umfasst auch die Speicherung und Archivierung der erhobenen, anonymisierten Daten in einem geeigneten Forschungsdatenarchiv sowie deren Bereitstellung für weitere wissenschaftliche Forschungsvorhaben. Die Weitergabe erfolgt ausschließlich in einer Form, die keinen Rückschluss auf einzelne Personen zulässt.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung basiert auf einer Einwilligung (gem. Art. 6 Abs. 1 Lit. a DS-GVO) zu Beginn des Fragebogens „Solidarisches Engagement“. Die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten ergeben sich aus der Erteilung einer Einwilligung. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit von Ihnen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

5. Erfassung und Referenz von allgemeinen Daten und Informationen

Alle Angaben im Fragebogen sind freiwillig. Es werden folgende Kategorien personenbezogener Daten erhoben:

- Soziodemografische Angaben (z. B. Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildungsstand)
- Freiwillige Angaben zur Beschreibung von konkreten Situationen solidarischen Engagements
- Technische Zugriffsdaten (Zeitstempel)

Soziodemografische Daten und Freitextbeiträge werden nach Abschluss der Datenerhebung anonymisiert, sodass kein Rückschluss auf einzelne Personen mehr möglich ist. Die Anonymisierung erfolgt durch Entfernung aller direkten und indirekten Identifikatoren (z. B. seltene Merkmalskombinationen), Aggregation und Kategorisierung gemäß Art. 89 DS-GVO.

6. Dauer der Datenspeicherung

Personenbezogenen Daten sowie technische Zugriffsdaten werden nach Abschluss der Anonymisierung, spätestens aber am 31. Mai 2027, vernichtet.

7. Datenübermittlung an Dritte

Personenbezogene Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Zugriff auf personenbezogene Daten haben ausschließlich Mitarbeiter*innen des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft. Der, wie unter 5. beschrieben, aufbereitete und anonymisierte Datensatz kann an ein Forschungsdatenarchiv übermittelt und dort anderen Forschenden für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

8. Keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DS-GVO

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten kommt keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) gem. Art. 22 DS-GVO zum Einsatz.

9. Rechte der betroffenen Person

a) Recht auf Auskunft gemäß Art. 15 DS-GVO

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, jederzeit von der für die Verarbeitung verantwortlichen Person unentgeltliche Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten personenbezogenen Daten und eine Kopie dieser Auskunft zu erhalten. Zudem besteht das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob über sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden.

b) Recht auf Berichtigung gemäß Art. 16 DS-GVO

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, die unverzügliche Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

c) Recht auf Löschung (Recht auf Vergessenwerden) gemäß Art. 17 DS-GVO

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Person zu verlangen, dass die sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden.

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO und § 35 BDSG

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, von der verantwortlichen Person die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

e) Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DS-GVO:

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das Recht, die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren

Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an eine andere verantwortliche Person darf von uns nicht behindert werden.

f) Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde gemäß Art. 13 Abs. 2 Buchstabe d, Art. 77 DSGVO i. V. m § 19 BDSG:

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen. Hierzu wenden Sie sich bitte an die zuständige Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59-61
10555 Berlin
Telefon: +49 (0)30 13889-0
E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

g) Einschränkungen der Betroffenenrechte nach Anonymisierung

Ihre oben genannten Rechte (Art. 15–22 DS-GVO) gelten nur, solange personenbezogene Daten verarbeitet werden. Nach Abschluss der Datenauswertung und Anonymisierung aller personenbezogenen Daten sind die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit sowie Widerspruch nicht mehr ausübbar, da keine personenbezogenen Daten mehr existieren.

Bis zur Anonymisierung können Sie Ihre Rechte jederzeit gegenüber der verantwortlichen Stelle geltend machen. Nach der Anonymisierung können Sie sich an das Forschungsdatenarchiv wenden, um ggf. Zugriff auf anonymisierte Daten zu erhalten.

h) Recht auf Widerruf einer datenschutzrechtlichen Einwilligung gemäß Art 13 Abs. 2 Buchstabe c DS-GVO

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das von den Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber*innen gewährte Recht, eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen. Möchte die betroffene Person ihr Recht auf Widerruf einer Einwilligung geltend machen, kann sie sich hierzu jederzeit an die verantwortliche Projektdurchführung wenden:

Dr. Johanna Treidl
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Tatzendpromenade 2a
07745 Jena
E-Mail: johanna.treidl@fgz-risc.de